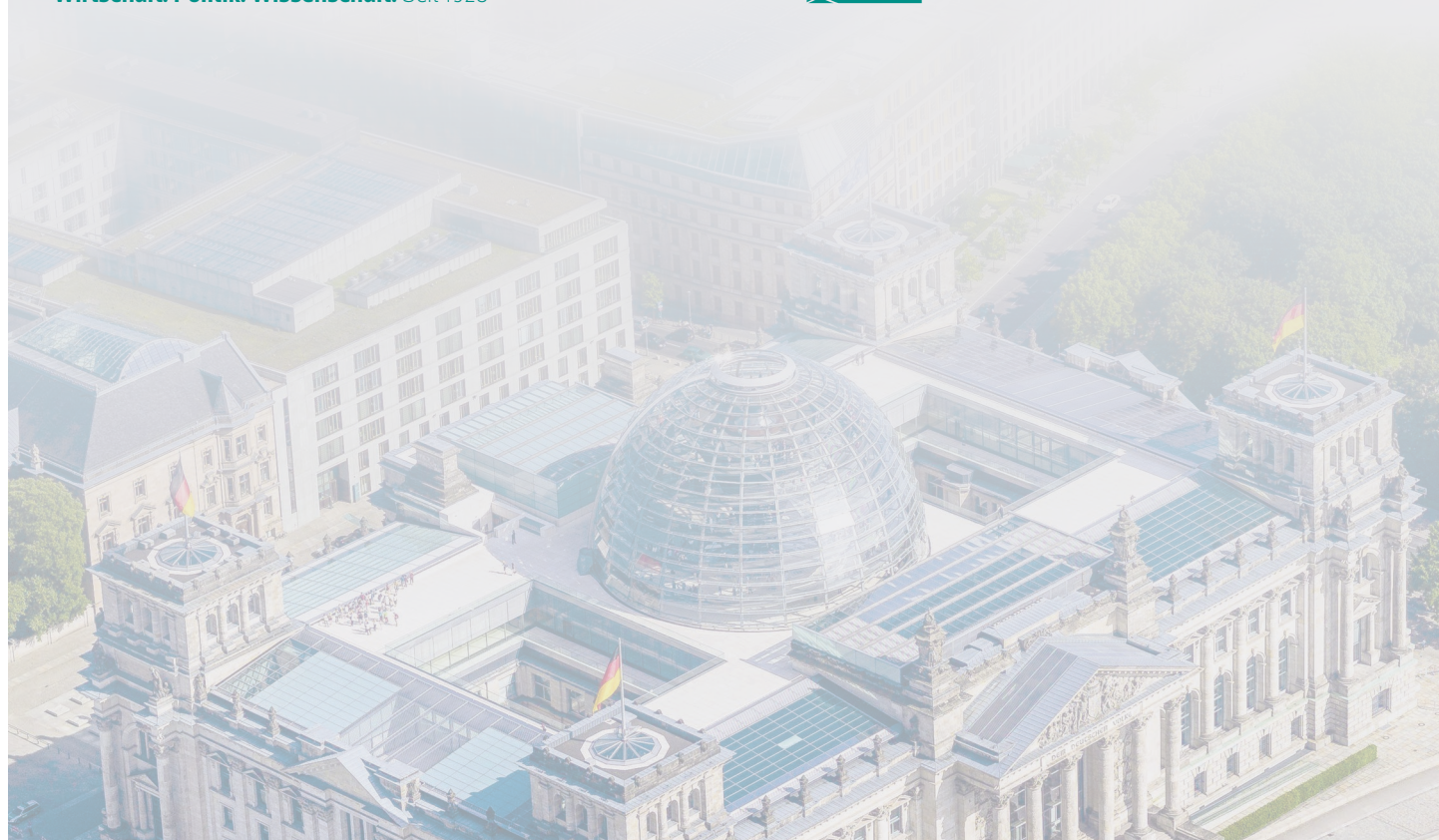




393 Bericht von Manja Gärtner und Johanna Mollerstrom

Risikobereitschaft und weitere Faktoren korrelieren mit Umverteilungspräferenzen

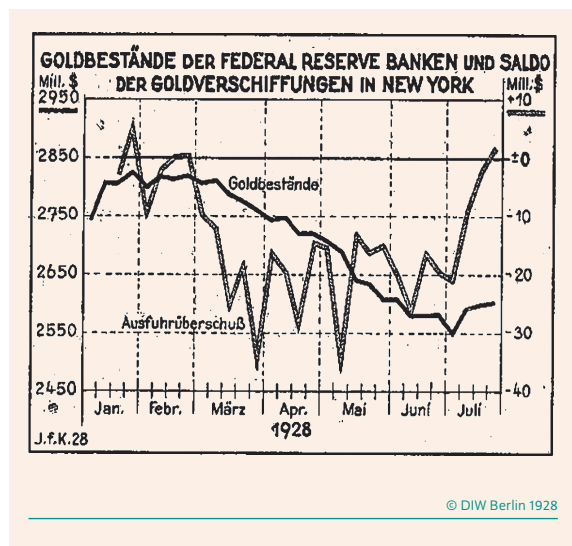
- Zusätzlich zu Geschlecht, Alter, Einkommen und Ansichten zu Glück beeinflusst Risikoneigung die Präferenzen zur Einkommensverteilung
- Wer Risiko scheut, wünscht sich mehr Umverteilung durch den Sozialstaat

399 Interview mit Manja Gärtner

402 Kommentar von Johannes Geyer

Stabile Rentenverunsicherung

Die Goldausfuhr aus den Vereinigten Staaten



Der Goldabfluss aus den vereinigten Staaten von Amerika, der sich seit September 1927 zeigte, hat bis zur dritten Juliwoche angehalten. In der zweiten und dritten Juliwoche ist jedoch eine Verminderung der amerikanischen Goldausfuhr eingetreten; in der vierten Juliwoche ergab sich zum ersten Mal seit Ende Februar wieder ein leichter Goldeinfuhrüberschuss. [...] Der Goldabfluss erfolgte im engen Zusammenhang mit der internationalen Geldmarktlage (in den südamerikanischen Ländern förderte außerdem eine starke Aktivierung der Handelsbilanz die Goldeinfuhr). [...] Eine wesentliche Ursache für die Goldausfuhr dürfte durch die Währungspolitik wichtiger Länder (Frankreich, Italien, Brasilien, Großbritannien und Deutschland) und in der damit sich ergebenden Goldnachfrage der betreffenden Zentralbanken gegeben sein. Die Federal-Reserve-Banken haben bisher die Rückverteilung der Goldbestände, die in den Jahren 1921 bis 1927 nach den Vereinigten Staaten gelangt waren, mehr oder minder gefördert.

Aus dem Wochenbericht Nr. 18 vom 1. August 1928

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 3. Mai 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström; Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Melanie Koch

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann; Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

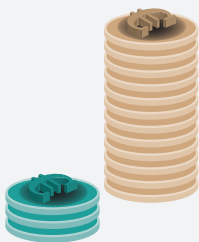
Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

Risikobereitschaft und weitere Faktoren korrelieren mit Umverteilungspräferenzen

Von Manja Gärtner und Johanna Mollerstrom

- Eigenschaften wie Geschlecht, Alter, Einkommen sowie Einstellung zu Fairness bestimmen, wie viel Umverteilung Menschen in einer Gesellschaft bevorzugen
- Studie untersucht zum ersten Mal explizit den Zusammenhang von Risikobereitschaft und Umverteilungspräferenzen mit Hilfe einer repräsentativen Umfrage
- Menschen mit niedriger Risikoneigung möchten im Durchschnitt mehr Umverteilung
- Die Erkenntnisse informieren politische EntscheidungsträgerInnen darüber, welche Gruppen welche Politik unterstützen

Wer wünscht sich eine stärkere Einkommensumverteilung?



Menschen mit niedrigem Einkommen mehr als solche mit hohem Einkommen.



Menschen, die eher an Glück als an Anstrengung glauben, mehr als die, die das Gegenteil glauben.



Ältere mehr als Jüngere.



Frauen mehr als Männer.



Menschen, die das Risiko eher scheuen, mehr als Menschen, die Risiko geneigt sind.

Quelle: Eigene Darstellung.

© DIW Berlin 2018

ZITAT

„Unsere Studie zeigt, dass eine geringere Risikobereitschaft mit einer stärkeren Präferenz für Umverteilung in der Gesellschaft assoziiert ist. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass Bürgerinnen und Bürger die Umverteilung von Einkommen als Versicherungen für künftige Einkommensausfälle ansehen. Diese Versicherung ist denen am wichtigsten, die weniger bereit sind, Risiken einzugehen.“ — Manja Gärtner, Studienautorin —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Manja Gärtner
www.diw.de/mediathek

Risikobereitschaft und weitere Faktoren korrelieren mit Umverteilungspräferenzen

Von Manja Gärtner und Johanna Mollerstrom

ABSTRACT

Wie viel Umverteilung Bürgerinnen und Bürger in der Gesellschaft möchten, hängt von sozioökonomischen Faktoren und ihren Ansichten über Gerechtigkeit ab. Diese Studie, basierend auf einer in Schweden durchgeführten, repräsentativen Umfrage, bestätigt frühere Ergebnisse: Demnach nimmt der Wunsch nach Umverteilung mit steigendem Einkommen ab, bevorzugen Frauen im Durchschnitt mehr Umverteilung als Männer, und wünschen ältere Menschen sich mehr Umverteilung als jüngere. Ansichten zu Gerechtigkeit und Altruismus spielen ebenfalls eine Rolle. Die Studie zeigt zusätzlich und zum ersten Mal, dass auch individuelle Unterschiede in der Bereitschaft, Risiko einzugehen, mit Präferenzen für Umverteilung korrelieren. Menschen, die Risiko scheuen, wünschen sich demnach mehr Umverteilung als risikofreudigere Menschen. Die Ergebnisse helfen zu verstehen, welche Politik von welchen Bevölkerungsgruppen unterstützt wird.

Die Umverteilung von Einkommen ist eine wichtige Aufgabe des Sozialstaates. Der Umfang der Umverteilung ist ein Thema, das seit jeher die politischen Lager spaltet und gerade im Wahlkampf immer wieder diskutiert wird. Mit Umfragen und Experimenten bietet die empirische Wirtschaftsforschung Antworten auf die Frage, welche individuellen Faktoren eigentlich bestimmen, wie viel Umverteilung Bürgerinnen und Bürger bevorzugen und gerecht finden.

Die individuelle Präferenz für einen bestimmten Umfang der Umverteilung korreliert damit, welche Partei die Bürgerinnen und Bürger wählen. Menschen, die sich mehr Umverteilung wünschen, wählen eher Parteien links von der Mitte.¹ Das Wissen um die Bestimmungsfaktoren von Umverteilungspräferenzen hilft, gesellschaftliche Trends und Forderungen in Sachen Sozialpolitik besser zu verstehen. Für politische Entscheidungsträgerinnen und -träger ist es nicht nur hilfreich zu wissen, welchen Sozialstaat sich die Menschen wünschen, sondern damit einhergehend auch, welche Wählerinnen und Wähler ihre Politik unterstützen.

Eine umfangreiche und vielbeachtete Studie hat bisherige Ergebnisse der Literatur zusammengefasst und um neue Ergebnisse aus vielen verschiedenen Ländern ergänzt.² Sie zeigt, dass ein höheres Einkommen im Durchschnitt mit einer niedrigeren Präferenz für Einkommensumverteilung einhergeht. Doch auch wenn man für diese Einkommensunterschiede kontrolliert, also wenn man mit berücksichtigt, variieren die Umverteilungspräferenzen entlang individueller Eigenschaften. So neigen zum Beispiel Frauen dazu, mehr Umverteilung zu bevorzugen. Neben dem sozioökonomischen Status korrelieren darüber hinaus individuelle Ansichten zu Gemeinwohl und Fairness damit, welche Umverteilung als gerecht angesehen wird. Je altruistischer die Menschen, desto mehr Umverteilung bevorzugen sie im Durchschnitt. Je eher Menschen glauben, dass Glück

¹ Siehe zum Beispiel Manja Gärtner, Johanna Mollerstrom und David Seim (2017): Individual risk preferences and the demand for redistribution. *Journal of Public Economics*, 153, 49–55.

² Siehe Alberto Alesina und Paola Giuliano (2010): Preferences for redistribution. Herausgegeben in Jess Benhabib, Alberto Bisin und Matthew O. Jackson (Hrsg.): *Handbook of Social Economics*, Vol. 1A, The Netherlands: North-Holland 2010, 93–131.

und nicht Anstrengung der ausschlaggebende Faktor für ökonomischen Erfolg ist, desto mehr Umverteilung bevorzugen sie.³

Bisherige Studien haben jedoch noch nicht gezeigt, ob ein statistischer Zusammenhang zwischen Umverteilungspräferenzen und der individuellen Risikobereitschaft besteht. Diese Hypothese beruht auf der Idee, dass Einkommensumverteilung auch als eine individuelle Versicherung für zukünftige Einkommensausfälle dienen kann.⁴ Demnach würde, bei gleichem Risiko, die Präferenz für Umverteilung mit größerer Risikoaversion steigen.⁵ Dies wurde hier mittels einer Umfrage auf den Prüfstand gestellt.

Die repräsentative Umfrage

Für die Studie wurde eine Umfrage ausgewertet. Diese wurde zusammen mit *Statistics Sweden*, dem schwedischen statistischen Zentralamt, durchgeführt und an 4 500 repräsentative Bürgerinnen und Bürger in Schweden versendet. Insgesamt haben 1 565 Menschen den Fragebogen zurückgeschickt und 1 365 Personen haben alle Fragen, die zur Auswertung benötigt werden, beantwortet.

Wichtig für diese Studie, publiziert in Jahr 2017, sind vor allem die Fragen, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu ihren Umverteilungspräferenzen, ihrer Ansicht über die Bedeutung von Glück und Anstrengung für ökonomischen Erfolg und ihrer Risikobereitschaft beantwortet haben (Kasten 1). Alle Teilnehmenden gaben auch ihre Spendenbereitschaft an, die als Maß für die altruistische Neigung benutzt wird. Darüber hinaus wurden Angaben zum Familienhintergrund erfasst. Durch die Zusammenarbeit mit dem statistischen Zentralamt konnte die Umfrage außerdem um Daten aus der staatlichen Statistik, wie Alter, Geschlecht, Einkommen und Vermögen, ergänzt werden.

Sozioökonomische Faktoren beeinflussen Umverteilungspräferenzen

Der Zusammenhang zwischen den Umverteilungspräferenzen und den sozioökonomischen Eigenschaften der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde mittels Regressionsanalyse geprüft. Die Ergebnisse bestätigen frühere Studien (Tabelle 1). So sinkt die durchschnittliche Umverteilungspräferenz mit steigendem Einkommen signifikant.

Nimmt man an, dass ein zusätzlicher Punkt auf der Messskala zehn Prozentpunkten mehr Umverteilung entspricht, bevorzugen Frauen in dieser Studie im Durchschnitt circa fünf Prozentpunkte mehr Umverteilung als Männer (dies entspricht 20 Prozent einer Standardabweichung

Tabelle 1

Korrelationen zwischen Umverteilungspräferenzen und sozioökonomischen Eigenschaften

Abhängige Variable: Umverteilungspräferenz	(1)	(2)	(3)	(4)
Einkommen	-0,000880*** (0,00034)			
Weiblich		0,467*** (0,126)		
Alter			0,0102** (0,00403)	
Familienhintergrund in Arbeitermilieu				0,858*** (0,129)
Konstante	5,409*** (0,0993)	4,977*** (0,0914)	4,740*** (0,192)	4,868*** (0,0787)
Anzahl der Beobachtungen	1365	1365	1365	1358
R ²	0,013	0,01	0,005	0,032

Lesbeispiel: In Spalte 2 kann man den Geschlechterunterschied in den Umverteilungspräferenzen ablesen. Die Konstante zeigt den durchschnittlichen Wert, den Männer auf der Messskala in der Umfrage angekreuzt haben: Im Durchschnitt haben Männer eine Umverteilungspräferenz von 4,977. Der Koeffizient für Weiblich zeigt den Unterschied dazu im durchschnittlichen Wert für Frauen: Im Durchschnitt kreuzen Frauen einen Wert an, der 0,467 Punkte, also rund fünf Prozentpunkte, höher liegt als der der Männer.

Anmerkung: Regressionsanalysen. Robuste Standardfehler in Klammern. Signifikanzniveaus: ***p<0,01 **p<0,05 *p<0,1.

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

in der Messung der Umverteilungspräferenzen). Dieser Zusammenhang könnte durch andere sozioökonomische Variablen erklärt werden, wenn zum Beispiel Frauen weniger Einkommen im Durchschnitt haben und niedrigeres Einkommen mit einer höheren Umverteilungspräferenz zusammenhängt. Kontrolliert man aber für Unterschiede im Alter, im Familienstand (verheiratet oder nicht), bei der Anzahl der Kinder im Haushalt, dem Bildungsniveau, dafür, ob der Teilnehmende arbeitslos ist oder nicht sowie für Unterschiede bei Einkommen und Vermögen, bleibt ein Geschlechterunterschied von circa zwei Prozentpunkten bestehen, der nicht von diesen Variablen erklärt werden kann.

Darüber hinaus steigt die Präferenz für Umverteilung signifikant mit dem Alter. Demnach möchte eine 60-jährige Person im Durchschnitt drei Prozentpunkte mehr Umverteilung als eine 20-jährige. Dieser Unterschied bleibt, auch wenn man Geschlecht, Familienstand, Anzahl der Kinder im Haushalt, Bildungsniveau, Arbeitslosigkeit, Einkommen und Vermögen berücksichtigt.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die angeben, einen Familienhintergrund im Arbeitermilieu zu haben, bevorzugen im Durchschnitt circa neun Prozentpunkte mehr Umverteilung als Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus anderen sozialen Milieus. Ein Unterschied von circa zwei Prozentpunkten besteht, auch wenn man Geschlecht, Familienstand, Anzahl der Kinder im Haushalt, Bildungsniveau, Arbeitslosigkeit, Einkommen und Vermögen berücksichtigt.

³ Siehe auch Christina Fong (2001): Social preferences, self-interest, and the demand for redistribution. *Journal of Public Economics*, 82, 225–246.

⁴ Siehe die Theorien von Allan Meltzer und Scott Richard (1981): A rational theory of the size of government. *Journal of Political Economics*, 914–927; und Roland Benabou und Efe A. Ok (2001): Social mobility and the demand for redistribution. *Quarterly Journal of Economics*, 447–487.

⁵ Manja Gärtner, Johanna Mollerstrom und David Seim (2017), a. a. O. stellt eine ausführlichere Version dieses Berichts dar.

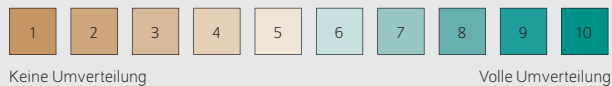
Kasten 1

Ausgestaltung der Umfrage

Ermittlung der Umverteilungspräferenzen

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer markierten auf einer Skala mit zehn Kästchen, wie viel Umverteilung sie sich in der Gesellschaft wünschen. Es wurde erklärt, dass Umverteilung die Annäherung der Einkommen aller Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe von Steuern und Zuschüssen bezeichnet. Mit „Keine Umverteilung“ ist der Fall gemeint, in dem der Staat die Einkommensverteilung überhaupt nicht beeinflusst. Mit „Volle Umverteilung“ wiederum das Szenario, in dem jede Bürgerin und jeder Bürger nach Steuern und Zuschüssen das gleiche Einkommen hat.

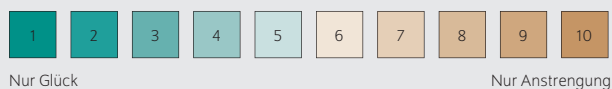
Wie viel Umverteilung wünschen Sie sich in der Gesellschaft?



Frage zur Bedeutung von Glück und Anstrengung für den wirtschaftlichen Erfolg

Alle Teilnehmenden markierten auf einer Skala mit zehn Kästchen, ob es ihrer Ansicht nach vor allem Anstrengung oder Glück sind, die bestimmen, ob man im Leben wirtschaftlich gut gestellt ist. Dabei erklärt der Fragebogen, dass Glück zum Beispiel bedeutet, nützliche Kontakte zu haben.

Ist es vor allem Anstrengung oder Glück, das entscheidet, ob man im Leben wirtschaftlich gut gestellt ist?



Frage zur Spendenbereitschaft

Der Fragebogen misst die Spendenbereitschaft der Teilnehmenden mit einer hypothetischen Frage. Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen sich vorstellen, Sie hätten 10 000 Schwedische Kronen (etwa 1100 Euro zu dem Zeitpunkt) gewonnen. Diejenigen, die angeben, einen Teil des Gewinns spenden zu würden, bezeichnen wir in unserer Analyse als Altruistinnen und Altruisten.

Wenn Sie 10 000 Schwedische Kronen gewinnen würden, würden Sie etwas davon spenden?

☐ Ja. ☐ Nein.

Wie viel der 10 000 Schwedischen Kronen würden Sie spenden?

Ich würde _____ Schwedische Kronen spenden.

Frage zum Familienhintergrund

Der Familienhintergrund wird durch eine Selbsteinschätzung der Teilnehmenden ermittelt. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen konnten sich in einer Auswahl von fünf angegebenen sozialen Schicht einordnen. Die Analyse verwendet eine Indikatorvariable und unterscheidet zwischen Teilnehmenden, die angaben, im Arbeitermilieu aufgewachsen zu sein, und Teilnehmenden, die eine andere Schicht angaben.

Wie würden Sie die soziale Schicht beschreiben, in der Sie aufgewachsen sind?



Frage zur Risikobereitschaft

Der Fragebogen misst Risikopräferenzen in einer Weise, die Standard in der experimentellen Wirtschaftsforschung ist.¹ Hierzu treffen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehrere Entscheidungen zwischen zwei Alternativen. Eine Option in jeder Entscheidung ist eine Lotterie, in der die Teilnehmerin oder der Teilnehmer mit 50 Prozent Wahrscheinlichkeit 3 000 Schwedische Kronen (etwa 330 Euro zu dem Zeitpunkt) gewinnen kann oder mit der gleichen Wahrscheinlichkeit nichts gewinnt. Die Alternative ist ein Geldbetrag, der sicher ausgezahlt wird und in den Entscheidungen zwischen 500 Schwedischen Kronen (etwa 55 Euro) und 2 500 Schwedischen Kronen (etwa 275 Euro) variiert. Je öfter die sichere Auszahlung statt der Lotterie gewählt wurde, desto risikoaverser ist die jeweilige Person. Demnach nimmt die Variable für Risikoaversion, die in der Analyse verwendet wird, für jeden Teilnehmenden einen Wert zwischen null (die Lotterie wurde in jeder Entscheidung gewählt, der Teilnehmende ist sehr risikofreudig) und acht (die sichere Option wurde in jeder Entscheidung gewählt, der Teilnehmende ist sehr risikoavers) an. In dieser Studie waren alle Auszahlungen hypothetisch.

Wählen Sie eine Alternative in jeder Reihe.
(SEK = Schwedische Kronen)

500 SEK sicher	1	2	50-Prozent-Chance auf 3 000 SEK
1000 SEK sicher	1	2	50-Prozent-Chance auf 3 000 SEK
1200 SEK sicher	1	2	50-Prozent-Chance auf 3 000 SEK
1400 SEK sicher	1	2	50-Prozent-Chance auf 3 000 SEK
1600 SEK sicher	1	2	50-Prozent-Chance auf 3 000 SEK
1800 SEK sicher	1	2	50-Prozent-Chance auf 3 000 SEK
2000 SEK sicher	1	2	50-Prozent-Chance auf 3 000 SEK
2500 SEK sicher	1	2	50-Prozent-Chance auf 3 000 SEK

¹ Siehe Charles A. Holt und Susan K. Laury (2002): Risk Aversion and Incentive Effects. The American Economic Review, Vol. 92 Nr. 5, 1644–1655.

Altruismus und Ansichten über Gerechtigkeit spielen auch eine Rolle

Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die in der Umfrage Spendenbereitschaft signalisiert haben („Altruistinnen und Altruisten“) bevorzugen signifikant mehr Umverteilung, auch wenn für andere Faktoren kontrolliert wird (Tabelle 2). Je eher die Menschen der Ansicht sind, dass es vor allem die eigene Anstrengung und nicht Glück ist, das bestimmt, wie gut man ökonomisch gestellt ist, desto signifikant weniger Umverteilung bevorzugen sie. Demnach verringert sich die Präferenz für Umverteilung um circa drei Prozentpunkte für jeden zusätzlichen Punkt, der der eigenen Anstrengung statt Glück zugeordnet wird, nachdem auch für andere, sozio-ökonomische Faktoren kontrolliert wurde.

Wer Risiko scheut, bevorzugt mehr Umverteilung

Der Fragebogen misst die individuelle Risikobereitschaft (Kasten 1) und die Analyse zeigt, dass risikoaversere Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Durchschnitt mehr Umverteilung bevorzugen, auch wenn für andere Faktoren kontrolliert wird (Tabelle 2, Abbildung 1). Ein Vergleich der Effektgrößen zeigt, dass ein Anstieg der Risikoaversion um eine Standardabweichung ungefähr den gleichen Effekt auf die Umverteilungspräferenzen hat wie ein Anstieg des Jahreseinkommens von circa 200 000 Schwedischen Kronen (circa 22 000 Euro). Dieses neue Ergebnis hilft, die unterschiedlichen Umverteilungspräferenzen verschiedener sozialer Gruppen besser zu verstehen.

Frauen, ältere Teilnehmende und Menschen mit einem Familienhintergrund im Arbeitermilieu tendieren dazu, risikoaverser zu sein.⁶ Auch in dieser Studie zeigt sich, dass diese Faktoren, die man als gegeben beschreiben kann, die Risikoaversion signifikant beeinflussen. Getestet wurde, ob diese Unterschiede in der Risikobereitschaft erklären können, warum diese Gruppen sich in ihrer Umverteilungspräferenz unterscheiden. So könnte zum Beispiel ein Grund dafür, dass Frauen mehr Umverteilung wollen als Männer, sein, dass sie im Durchschnitt risikoaverser sind. Diese These wurde mit Hilfe einer Mediatoranalyse getestet und die Auswertung zeigt, dass etwa 15 Prozent des Geschlechterunterschieds in den Umverteilungspräferenzen dadurch erklärt werden können, dass Frauen tendenziell risikoaverser sind als Männer. Risikoaversion steigt mit dem Alter an und die Ergebnisse zeigen, dass etwa elf Prozent der Korrelation zwischen den Umverteilungspräferenzen und dem Alter der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit deren sinkender Risikobereitschaft erklärt werden kann. Menschen mit einem Familienhintergrund im Arbeitermilieu sind im Durchschnitt risikoaverser, allerdings kann Risikobereitschaft in diesem Fall den Unterschied in den Verteilungspräferenzen nicht signifikant erklären.

Tabelle 2

Multivariate Regressionsanalyse

Abhängige Variable: Umverteilungspräferenz	(1)	(2)	(3)
Altruistin oder Altruist	0,261* (0,137)		
Anstrengung ist wichtig für ökonomischen Erfolg		-0,221*** (0,0420)	
Risikoaversion			0,0860** (0,0351)
Konstante	4,463*** (0,509)	5,914*** (0,564)	4,089*** (0,518)
Kontrollvariablen berücksichtigt	ja	ja	ja
Anzahl der Beobachtungen	1318	1322	1325
R ²	0,090	0,111	0,091

Lesebeispiel: Der Wert in Spalte 1, Linie 1 bedeutet, dass der von Altruisten bevorzugte Grad der Umverteilung auf einer Skala von null bis zehn um 0,261 Prozentpunkte höher ist als das, was sich Menschen wünschen, die keine Altruisten sind.

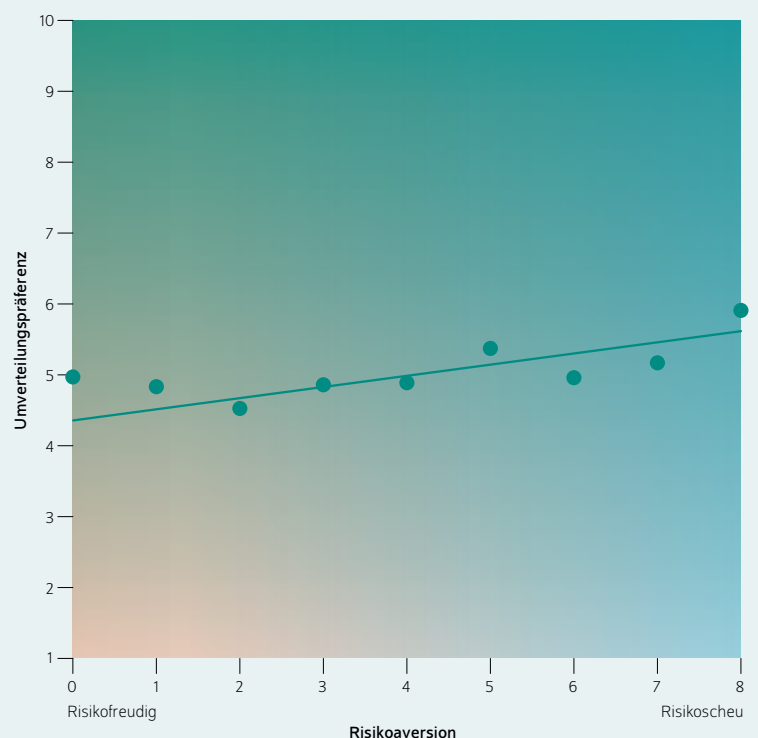
Anmerkung: Kontrollvariablen sind Regressoren für Geschlecht, Alter, Verheiratet, Anzahl der Kinder im Haushalt, Bildung und Arbeitslosigkeit. Robuste Standardfehler in Klammern. Signifikanzniveaus: ***p<0,01 **p<0,05 *p<0,1.

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Abbildung 1

Korrelation zwischen Risikoaversion und Präferenz für Umverteilung



Anmerkung: Umverteilungspräferenz auf einer Skala von null (der Staat verteilt gar nicht um) bis zehn (der Staat verteilt alle Einkommen, so dass alle das Gleiche bekommen); Risikoaversion auf einer Skala von null (sehr risikofreudig) bis acht (sehr risikoscheu). Die Punkte stellen die Durchschnittswerte für neun gleich große Gruppen je nach Risikoaversion dar. Die Linie repräsentiert den linearen Zusammenhang zwischen Risikoaversion und Umverteilungspräferenz.

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Je mehr sie Risiko scheuen, desto mehr Einkommensumverteilung wünschen sich die Menschen.

⁶ Siehe Thomas Dohmen et al. (2011): Individual Risk Attitudes: Measurement, Determinants, and Behavioral Consequences. Journal of the European Economic Association, 9(3), 522–550.

Insgesamt deutet das Ergebnis – dass es einen Zusammenhang zwischen Risikoaversion und Umverteilungspräferenz gibt – darauf hin, dass Bürgerinnen und Bürger die Umverteilung von Einkommen auch als Versicherungen für künftige Einkommensausfälle ansehen.

Fazit: Präferenzen für die Umverteilung hängen von weit mehr als von Einkommen ab

Die Menschen haben unterschiedlichen Präferenzen dazu, in welchem Umfang der Sozialstaat Einkommen umverteilen soll. Diese hängen mit bestimmten individuellen Unterschieden zusammen: Je höher das Einkommen, desto weniger Umverteilung wünschen sich die Menschen; Frauen wünschen sich tendenziell mehr Umverteilung als Männer; auch Menschen, die eher altruistisch sind oder die glauben, dass Glück für den ökonomischen Erfolg wichtiger als Anstrengung ist, bevorzugen mehr Umverteilung. Diese Studie zeigt die Risikopräferenz als eine zusätzliche Dimension auf: Je risikofreudiger der Mensch, desto weniger Umverteilung wird bevorzugt. Die Ergebnisse deuten auch darauf hin, dass Geschlechterunterschiede in der Risikobereitschaft ein Grund dafür sind, dass Frauen im Durchschnitt eher einen größeren Sozialstaat und linke Parteien bevorzugen als Männer.⁷

⁷ Zum Zusammenhang von Geschlecht und Parteienpräferenz, siehe, zum Beispiel, einen Überblicksartikel von Miki Caul Kittilson (2016): Gender and Political Behavior. Oxford Research Encyclopedia of Politics.

Ein Teil der Bestimmungsfaktoren der Umverteilungspräferenzen ist beeinflussbar. Aktuelle Debatten und Informationskampagnen, die einen dieser Faktoren adressieren, könnten dadurch einen signifikanten Einfluss darauf nehmen, wie viel Umverteilung sich die Menschen wünschen. So deuten zum Beispiel aktuelle Studien darauf hin, dass Menschen ihre Umverteilungspräferenzen ändern, wenn man sie über ihre Position in der Einkommensverteilung oder die Chancengleichheit in der Gesellschaft informiert. Demnach kann die Umverteilungspräferenz von Menschen sinken, die erfahren, dass sie relativ mehr verdienen als sie dachten, während die Umverteilungspräferenzen von Menschen, die erfahren, dass sie die Aufstiegsmöglichkeiten in der Gesellschaft überschätzt haben, steigen können.⁸

Darüber hinaus erlauben diese Ergebnisse es Regierenden, besser zu verstehen, wie sie mit verschiedenen Entwürfen zum Sozialstaat bei welchen Zielgruppen punkten können, bzw. warum Vorschläge zur Umverteilung bei bestimmten Gruppen mehr oder weniger Akzeptanz finden. So könnte die Kommunikation von potentiellen Reformen, die die Umverteilung steigern sollen, besser in Gruppen investiert sein, die im Durchschnitt mehr Umverteilung bevorzugen.

⁸ Siehe zum Beispiel Mounir Karadja, Johanna Mollerstrom und David Seim (2017): Richer (and Holier) than Thou? The Effect of Relative Income Improvements on Demand for Redistribution. Review of Economics and Statistics, 99(2), 201–212; und Alberto Alesina, Stefanie Stantcheva und Edoardo Teso (2017): Intergenerational Mobility and Support for Redistribution, NBER Working Paper No. 23027.

Manja Gärtner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher am DIW Berlin | mgaertner@diw.de

Johanna Mollerstrom ist Leiterin der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher am DIW Berlin | jmollerstrom@diw.de

JEL: C83, C91, C93, D63, D81, H23

Keywords: Redistribution, Inequality, Survey, Risk aversion

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 17+18/2018:

www.diw.de/diw_weekly





Manja Gärtner, Ph.D., wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher am DIW Berlin

INTERVIEW MIT MANJA GÄRTNER

„Ein risikofreudiger, junger Mann mit hohem Einkommen wünscht sich tendenziell weniger Umverteilung“

1. **Frau Gärtner, Sie haben untersucht, wovon es abhängt, ob Menschen der staatlichen Umverteilung eher positiv oder negativ gegenüberstehen. Die Daten stammen aus einer Umfrage, die Sie in Schweden gemacht haben. Intuitiv würde man annehmen, dass Wohlhabende und Vielverdiener, der Umverteilung eher ablehnend gegenüberstehen. Bestätigen das Ihre Ergebnisse?** Ja, Menschen die ein höheres Einkommen haben, wollen weniger Umverteilung. Das ist vielleicht keine Überraschung. Allerdings können wir zeigen, dass nicht nur Eigeninteresse eine Rolle spielt, sondern zum Beispiel auch Ideen von Gerechtigkeit.
2. **Inwiefern spielt das Gerechtigkeitsempfinden eine Rolle?** Wir haben die Menschen gefragt, ob sie Glück als ausschlaggebenden Faktor für ihr Einkommen betrachten. Glück wäre zum Beispiel, viele Kontakte zu haben. Wenn ihrer Meinung nach vor allen Dingen Glück eine Rolle für das Einkommen spielt, dann wollen die Menschen mehr Umverteilung. Denken sie, dass es vor allem Anstrengung ist, also zum Beispiel, wie fleißig man im Studium ist, dann wollen die Menschen weniger Umverteilung.
3. **Welche Personen stehen insgesamt einer Umverteilung eher positiv gegenüber und welche eher negativ?** Im Durchschnitt will ein junger Mann mit einem hohen Einkommen, der aus einer höheren sozialen Schicht stammt, das Risiko nicht scheut und meint, dass vor allem Anstrengung wichtig ist, am wenigsten Umverteilung.
4. **Heißt das, dass Frauen der Umverteilung positiver gegenüberstehen?** Ja, und zwar finden wir, dass Frauen im Durchschnitt fünf Prozentpunkte mehr Umverteilung wollen als Männer. Einerseits ist das durch ökonomische Faktoren zu erklären. So verdienen Frauen im Durchschnitt weniger und profitieren mehr von Umverteilung, aber rechnet man all diese Faktoren raus, bleiben trotzdem zwei Prozentpunkte Geschlechterunterschied, die wir nicht erklären können.

5. **Sie haben insbesondere den Einfluss der persönlichen Risikobereitschaft auf die Umverteilungspräferenz untersucht. Zu welchem Ergebnis sind Sie dabei gekommen?**

Hier testen wir die Idee, dass Umverteilung auch eine Art Versicherung für zukünftige Einkommensausfälle ist. Wenn Menschen Umverteilung als eine Versicherung betrachten, dann würde das bedeuten, dass risikoscheue Menschen mehr Umverteilung wollen als risikofreudige Menschen, auch wenn sie das gleiche Einkommensausfallrisiko haben. Wir versuchen, die Effektgrößen zu vergleichen, und was wir finden ist, dass wenn man die Risikoaversion einer Person um eine Standardabweichung verringert, das denselben Effekt auf die Umverteilungspräferenzen hat wie ein Anstieg des Jahreseinkommens um ungefähr 22 000 Euro.

6. **Wer ist eigentlich mehr, wer weniger risikobereit?** Was wir zeigen können ist, dass Faktoren, die der Mensch wenig beeinflussen kann, wie Geschlecht, Alter und Familienhintergrund, mit der Risikobereitschaft korrelieren. So finden wir, dass Frauen, ältere Menschen und Menschen, die einen Familienhintergrund im Arbeitermilieu haben, weniger risikobereit sind.
7. **Welche politische Bedeutung haben die Ergebnisse?** Einerseits können wir dadurch besser verstehen, wer eigentlich Umverteilung bevorzugt. Wir können also verstehen, welche sozialen Gruppen mehr Umverteilung möchten als andere. Andererseits heißt das auch, dass es Faktoren gibt, die wir beeinflussen können. Wenn zum Beispiel jemand unterschätzt, wie gut er relativ zu anderen Menschen gestellt ist, kann das dazu führen, dass seine Umverteilungspräferenz sinkt, wenn wir dieser Person aufzeigen, wie gut sie gestellt ist. Das heißt, mit Informationskampagnen und öffentlichen Debatten können wir beeinflussen, welche Informationen die Leute zum Beispiel über Chancengleichheit haben, und darüber eventuell deren Umverteilungspräferenz verändern.

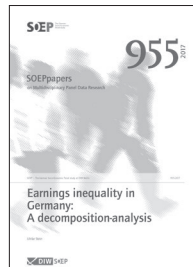
Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

SOEP Papers Nr. 955

2017 | Ulrike Stein



Earnings Inequality in Germany: A Decomposition-Analysis

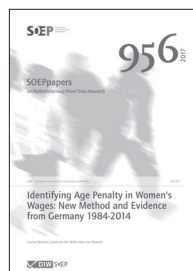
Several studies have shown that income inequality has risen in Germany until 2005. Less focus was put on the rise of earnings inequality which continued to rise until 2010. We distinguish different groups in the labour market with respect to working-time, gender and region by exploiting data from the German Socio-Economic panel (SOEP) for the years 1995 till 2014. Using the decomposition of the Theil1-index we demonstrate that the increase in earnings inequality is primarily the result of diverging average earnings of the various groups in the labour market (between-group inequality) and to some extent due to increasing earnings heterogeneity within groups (within-group inequality). The former effect is larger than the latter. Without the inequality reducing effect on earnings inequality due to the continuous decrease in the share of full-time working employees and the increase in the female labour participation rate (compositional effect) earnings inequality would have actually further increased after 2010. Independent of the policy target, policy measures to reduce inequality need always to be designed in such a way that they take the whole work force into account in order to achieve measurable effects.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 956

2017 | Joanna Tyrowicz, Lucas van der Velde, Irene van Staveren



Identifying Age Penalty in Women's Wages: New Method and Evidence from Germany 1984–2014

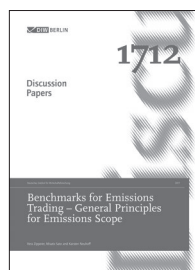
Given theoretical premises, gender wage gap adjusted for individual characteristics is likely to vary over age. We extend DiNardo, Fortin and Lemieux (1996) semi-parametric technique to disentangle year, cohort and age effects in adjusted gender wage gaps. We rely on a long panel of data from the German Socio-Economic Panel covering the 1984–2015 period. Our results indicate that the gender wage gap increases over the lifetime, for some birth cohorts also in the post-reproductive age.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 1712

2017 | Vera Zipperer, Misato Sato, Karsten Neuhoff



Benchmarks for Emissions Trading – General Principles for Emissions Scope

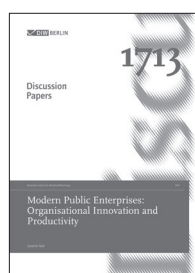
Greenhouse gas emission benchmarks are widely implemented as a policy tool, as more countries move to implement carbon pricing mechanisms for industrial emissions. In particular, benchmarks are used to determine the level of free allowance allocation in emission trading schemes, which are distributed as a measure to prevent carbon leakage. This paper analyses how benchmark designs impact firms' production and business model decisions, particularly focusing on the coverage of direct and indirect emissions in the benchmark scope. We develop an analytical model and use the example of a steel mill to analyze and quantify how scope of indirect emissions coverage affect incentives. We seek to clarify generalized principles for efficient benchmark design, that provide a predictable policy framework for innovation and investment to decarbonize energy intensive industry.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1713

2017 | Caroline Stiel



Modern Public Enterprises: Organisational Innovation and Productivity

In advanced economies, state-owned enterprises play an important role in sectors of general interest such as energy and water supply. The conditions under which they operate have changed fundamentally since 1998, with new strategies required for firms to preserve market shares in the face of liberalisation and technological innovation. This paper investigates the productivity effect of three strategies in new public management: corporatisation, outsourcing, and partial privatisation. Firm-level productivity is estimated from production data using a control function approach. As most of the firms are typically multiproduct

firms, we suggest a method for modelling differences in the product mix and to account for heterogeneous production environments. Using a newly constructed and unique dataset from the German Federal Statistical Office, we find that outsourcing and corporatisation positively impact productivity, while partial privatisation does not increase productivity.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





JOHANNES GEYER

Stabile Rentenverunsicherung

Dr. Johannes Geyer, stellvertretender Leiter
der Abteilung Staat am DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Große Koalition will das Rentenniveau bei 48 Prozent und den Beitragssatz dabei zugleich bei 20 Prozent fixieren – und prompt tobt mal wieder ein heftiger Streit um die Finanzierbarkeit der Rente. Der Regierungsvorschlag sei „unbezahlbar“ und führe zu Mehrkosten von geschätzt 125 Milliarden Euro im Jahr 2048, so eine kürzlich erschienene Studie. Um das aus Steuermitteln zu finanzieren, müsste beispielsweise die Mehrwertsteuer auf 26 Prozent angehoben werden. Schreck!

Allerdings: Die Pläne, die da ad absurdum geführt werden, wurden so bisher nicht formuliert, geschweige denn verabschiedet. Bisher hat die neue Regierung lediglich versprochen, die sogenannte „doppelte Haltelinie“ bis 2025 zu garantieren. Ein Versprechen, das erstmal nicht viel kostet: Es ist realistisch, dass beide Linien bis dahin ohnehin nicht gerissen werden. In den letzten Jahren hat sich die Rentenversicherung dank solider Verfassung des Arbeitsmarkts und starker Zuwanderung positiver entwickelt als angenommen. Noch 2014 prognostizierte der Rentenversicherungsbericht für 2025 ein Rentenniveau von 45,5 Prozent, 2017 lag die Schätzung schon bei 47,4 Prozent. Der prognostizierte Beitragssatz für 2025 sank derweil von 20,6 auf 20,1 Prozent. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, wird im besten Fall bis 2025 kein zusätzliches Geld fließen müssen, um das Rentenversprechen zu halten. Auch hat bisher niemand angekündigt, für etwaige Kosten die Mehrwertsteuer anheben zu wollen.

Die Mahnenden von heute sind übrigens dieselben, die um Mäßigung bitten, wenn die Gefahr zukünftig zunehmender Altersarmut betont wird. Auch zu diesem Thema schaffen es immer wieder Meldungen in die Schlagzeilen, die das Armutsrisiko in der Tat grob überzeichnen. Wobei die Sorge vor steigender Altersarmut keineswegs unbegründet ist, wie Studien zeigen.

Was von den alarmierenden Schlagzeilen im Gedächtnis bleibt, sind häufig plakative Botschaften, die entweder überall unrealistische Leistungsausweitungen sehen und eine Politik anprangern, die Klientelpolitik für „die Alten“ auf Kosten der

„jungen Generation“ mache. Oder es werden so mickrige Renten prophezeit, dass die Mehrheit im Alter auf Grundsicherung angewiesen ist.

Der sachliche Streit um mögliche Finanzierungsquellen zur Bewältigung des demografischen Wandels bleibt so auf der Strecke. Dabei wäre gerade jetzt ein guter Zeitpunkt, um diese Debatte zu führen und die Ausrichtung der Rentenversicherung neu zu justieren. Aktuell ist die Finanzlage der Rentenversicherung hervorragend, die Wachstumsaussichten sind weiterhin gut, die Beschäftigung erklimmt Jahr für Jahr neue Rekorde und die Renten steigen mit relativ ordentlichen Raten. Das wird sich ab Mitte der 2020er Jahre ändern, dann wird die Nachhaltigkeitsrücklage der Rentenversicherung aufgebraucht sein, Beitrag und Steuerzuschuss werden steigen und die Rentensteigerungen magerer ausfallen.

Bis dahin muss es gelingen, einen vernünftigen Kompromiss hinsichtlich Mindestniveau der Rentenversicherung und dessen Finanzierung zu erzielen. Die zentralen Bausteine für die nachhaltige Sicherung der Rente sowie eine Bekämpfung der Altersarmut waren und sind eigentlich klar: Beitragssatz, Beitragsbasis, Altersgrenze, Bundeszuschuss, Rentenniveau, Aufwertung niedriger Renten und die private Vorsorge. Um deren jeweilige Ausgestaltung und Gewicht lässt sich trefflich streiten. Hoffentlich etwas sachlicher beim nächsten Mal, denn dass der Streit weitergeht, gilt jetzt schon als sicher.

Versprochen wurde im Koalitionsvertrag eine Rentenkommission, die sich um die Zeit nach 2025 kümmert. Diese soll ihre Vorschläge erst 2020 präsentieren – was angesichts der Dringlichkeit des Themas reichlich spät erscheint, andererseits aber wegen der Tragweite der Entscheidungen auch notwendig sein dürfte, um ein gutes Konzept zu entwickeln. Mittlerweile wird die Verunsicherung über die Rente kräftig bedient. Je früher die Politik eine klare Vision präsentiert und weitere Reformen für die Zeit nach 2025/2030 beschließt, desto besser.